

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt, Verbraucher- und Klimaschutz

17. Sitzung
19. Januar 2023

Beginn: 09.02 Uhr
Schluss: 11.40 Uhr
Vorsitz: Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/0772	0078 UVK
Gesetz zur Änderung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes Berlin und des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes	Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs Zur Arbeit des Berliner Klimaschutzrates (auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke und der Fraktion der FDP)	0075 UVK
---	-----------------------------

Hierzu: Anhörung

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüße ich ganz herzlich Frau Dr. Kathrin Goldammer. Sie ist Geschäftsführerin des Reiner-Lemoine-Instituts in Berlin und Sprecherin des Klimaschutzrats. Sie ist uns heute digital zugeschaltet. – Können Sie uns hören, Frau Dr. Goldammer? – Wir hören Sie nicht. – Jetzt hören wir Sie. Danke! Ich darf feststellen, dass auch Sie mit den Liveübertragungen und den Ton- und Bildaufnahmen der Sitzung einverstanden sind. – [Dr. Kathrin Goldammer (Sprecherin des Klimaschutzrats Berlin) [zugeschaltet]: Richtig!] – Das ist der Fall. Danke schön! – Dann gehe ich davon aus, dass ein Wortprotokoll angefertigt werden soll. – Ich sehe Nicken. Möchten die antragstellenden Fraktionen den Besprechungsbedarf begründen? – Das ist der Fall. – Herr Dr. Taschner, bitte!

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Letzte Woche haben wir im Plenum das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm – BEK – vom Senat an uns als federführenden Ausschuss überwiesen bekommen. Das heißt, in den nächsten Wochen und Monaten werden wir uns in diesem Ausschuss erneut sehr intensiv mit dem Thema Energie und Klimaschutz in Berlin auseinandersetzen. Da spielen die Fragen rein: Wie geht es weiter? Welche Auswirkungen hat der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, insbesondere hier in Berlin, auf unseren Klimaschutz, auf die Wärmewende et cetera? Es geht aber auch um die spannende Frage: Wie wurden vom Senat die Empfehlungen des Klimabürger:innenrats in das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm – BEK – eingearbeitet, und können wir da möglicherweise sogar noch weitergehende Vorschläge übernehmen?

Zu beiden Thematiken gibt es zwei Strategiepapiere oder vielmehr Stellungnahmen des Berliner Klimaschutzrats, die auf der Internetseite des Berliner Klimaschutzrats abrufbar sind. Der Klimaschutzrat ist ein Gremium, das nicht nur den Berliner Senat, sondern auch uns als Abgeordnetenhaus beraten soll. Der neue Klimaschutzrat ist seit März 2022 sozusagen im Amt, besteht diesmal aus 18 Personen aus ganz unterschiedlichen Bereichen wie der Wissenschaft, der Wirtschaft, Verbänden und Vertretern der Zivilgesellschaft, ist also sehr breit aufgestellt,

so wie wir das Thema Klimaschutz auch verstehen müssen, nämlich als ein Feld, das wirklich alle betrifft und woran alle daran arbeiten müssen. Deswegen haben wir fraktionsübergreifend gesagt, dass heute ein guter Zeitpunkt ist, uns mal eine Darstellung der Arbeit des Klimaschutzrats anzuhören, insbesondere die beiden jüngsten Stellungnahmen, die einerseits die Empfehlungen des Klimabürger:innenrats und andererseits die Auswirkungen des Angriffskriegs gegen die Ukraine aufgreifen. Ich freue mich, dass wir heute mit Frau Goldammer eine der Sprecherinnen da haben, die uns gleich die Arbeit und die Inhalte erläutern wird. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Dr. Taschner! – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Erst einmal nicht. Wird vonseiten des Senats eine einleitende Stellungnahme gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann möchte ich nun Frau Dr. Goldammer das Wort geben und Sie bitten, Ihre Stellungnahme nach Möglichkeit auf fünf Minuten zu beschränken. Sie werden nachher auch die Möglichkeit haben, auf die Fragen oder Kommentare einzugehen. – Ich erteile Ihnen das Wort, Frau Dr. Goldammer, bitte!

Dr. Kathrin Goldammer (Sprecherin des Klimaschutzrats Berlin) [zugeschaltet]: Herzlichen Dank und vielen Dank für Ihr Interesse an der Arbeit des Klimaschutzrats! Ich bin im Hauptberuf die Geschäftsführerin eines Forschungsinstituts hier in Berlin. Der Klimaschutzrat ist ein Ehrenamt, und wir machen im Klimaschutzrat aus ganz verschiedenen Hintergründen zusammen diese Arbeit, um – das hat Herr Taschner schon angedeutet – den Senat, aber auch das Abgeordnetenhaus unabhängig zu beraten und dabei auf die Einhaltung der Klimaziele zu achten. Ich möchte mit Ihnen über Folgendes sprechen: unsere Aufgaben, unsere Zusammensetzung, wie wir uns im Klimaschutzrat organisieren, mit welchen Themen wir uns beschäftigen, wie wir Kommunikation betreiben oder wie Sie mit uns Kontakt aufnehmen können.

Sie haben schon gehört, dass wir in dieser Legislatur mit 18 Personen zusammenkommen. Wir sind im März 2022 gestartet. Wir setzen uns aus Personen zusammen, die einen sehr unterschiedlichen Hintergrund haben. Sie finden darin Vertreter und Vertreterinnen der großen Berliner Unternehmen aus dem Energie-, Wärme- und Wasserbereich genauso wie Personen aus NGOs, aus der Wissenschaft oder aus Thinktanks, die aus verschiedenen Blickwinkeln auf Energie schauen. Bei mir zum Beispiel ist es besonders der Stromsektor, und wie man erneuerbaren Strom in die anderen Sektoren bringt, aber wir haben auch Kolleginnen und Kollegen, die sich zum Beispiel im Verkehrsbereich sehr gut auskennen. Für uns ist das Klimaschutzthema nämlich in allen Sektoren unser Expertisethema. Wir organisieren uns so, dass wir uns etwa viermal im Jahr als Plenum treffen, und wir haben am Anfang zwei Personen gewählt, die uns nach außen vertreten. Das sind Bernd Hirschl, der am IÖW beschäftigt ist, und ich. Wir beide sind also die Personen, die Sie gern in Ihre Sitzungen einladen können oder die zur Verfügung stehen, um einmal zu erklären, mit welcher Arbeit und welchen Themen wir uns dort beschäftigen.

Zu Beginn unserer Arbeit war die Tätigkeit sehr geprägt von den Aktivitäten in Berlin – Stichwort: Klimabürger:innenrat hatte gerade stattgefunden, legte ein Papier vor –, aber auch dem BEK, und wir befanden uns in der Energiekrise. Das hat dazu geführt, dass wir tatsächlich genau zu den zwei Themen Klimabürger:innenrat und Energiekrise unsere ersten beiden Stellungnahmen direkt im Jahr 2022 verabschiedet und veröffentlicht haben.

Wie sieht das bei uns aus, wenn wir etwas machen? – Wir sind in diesem Rat sehr unterschiedliche Menschen, das heißt, es ist manchmal möglich, einen Konsens herzustellen, es ist manchmal auch so, dass wir unterschiedlicher Meinung sind. Wir werden dann versuchen, das darzustellen. Sie werden von uns in den ersten beiden Stellungnahmen aber vor allen Dingen konsensorientierte Beiträge finden. Ich gebe ein Beispiel: Wir haben uns mit dem Papier des Klimabürger:innenrats beschäftigt, und wir unterstützen manche der Schwerpunkte, die der Klimabürger:innenrat setzt, zum Beispiel, weil sie feststellen, dass sich der Verkehrsbereich bewegen muss. Diese Einschätzung unterstreichen wir, und so würden wir das dann auch in unseren Papieren formulieren: Wir unterstreichen diese Forderung –, oder: Wir sehen den Bedarf genauso groß.

Wenn wir etwas machen, wollen wir über unsere Webseite berlin.de/klimaschutzrat kommunizieren. Wir wollen außerdem in den sozialen Medien Kontakt zu anderen aufnehmen. Das sind im Moment im Wesentlichen LinkedIn und Twitter. Sie haben die Möglichkeit, über dieses Sprecherteam in Kontakt zu treten.

Was sind die Ergebnisse eines Klimaschutzrats in Berlin? – Wir werden mit einer Art Stellungnahme arbeiten. Das ist ein Papier zwischen 2 und vielleicht auch einmal 10 oder 20 Seiten – eine typische Art, wie Sie von uns hören. Sie können uns aber auch einladen, Sie können sich mit uns im direkten Gespräch austauschen, und wir haben auch Interesse am Austausch. Zum Beispiel haben wir in unserer Sitzung im Dezember Vertreter und Vertreterinnen der unterschiedlichen Senatsverwaltungen eingeladen, die alle mit Energie- und Klimaschutzthemen zu tun haben. – Das soll mein kurzes Eingangsstatement sein, sodass Sie jetzt einen Überblick über unsere aktuelle Arbeit haben. Ich freue mich über Ihre Fragen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Dr. Goldammer! – Jetzt eröffne ich die Aussprache. Herr Freymark hat sich zuerst gemeldet, dann Frau Lerch. – Herr Freymark, bitte!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herzlichen Dank, Frau Goldammer, dass Sie sich die Zeit für uns nehmen, und danke auch für Ihre Mitarbeit in diesem Gremium! Ich bin ein großer Fan davon, dass es Beiräte und Räte gibt, wo mitdiskutiert werden kann, wo Expertise zusammenkommt, wo man also die Möglichkeit nutzt, Dinge zu beeinflussen.

Zugegeben, ich war ein bisschen skeptisch, als Herr Dr. Taschner vor zwei, drei Wochen vorgeschlagen hat, dass wir dazu heute in die Diskussion kommen. Warum? – Weil ich glaube, dass zwischen der Erwartungshaltung an dieses Gremium und dem tatsächlichen Output noch ein gewisser Gap besteht und ich mir nicht sicher bin, ob die heutige Sitzung dazu beiträgt, das aufzulösen. Deswegen formuliere ich das ganz offen. Erster Punkt, Frau Goldammer, vielleicht noch einmal zwei, drei Sätze zu Ihnen persönlich: Was hat Sie dazu bewogen mitzuwirken? Das würde mich tatsächlich interessieren. Wie wurden Sie gelockt, und welche Erwartungen haben Sie selbst an dieses Gremium? Gibt es vielleicht auch noch Bedürfnisse, die Sie artikulieren wollen, also was wünschen Sie sich für die Zusammenarbeit?

Der zweite Punkt, den ich mir mal ein bisschen genauer angeguckt habe, ist die Webseite. Tatsächlich gibt es Stellungnahmen, auch ein, zwei Pressemitteilungen, aber dafür, dass 18 so tolle, spannende Köpfe zusammenwirken, ist der Output dann doch relativ überschaubar. Würden Sie sich da mehr wünschen, oder ist schlichtweg zeitlich nicht mehr drin? Das wäre

auch eine ehrliche Antwort. Sie haben jetzt, glaube ich, drei- oder viermal getagt und sich noch ein paar Sitzungen vorgenommen. Gibt es ein Protokoll von diesen Sitzungen, und ist es vielleicht auch möglich und sinnvoll, das in Zukunft zu veröffentlichen? Die Teilhabe an Ihrer Arbeit ist insofern relativ überschaubar, was ich gar nicht abwertend meine. Wie gesagt, meine Wertschätzung für das, was Sie tun, ist immens.

Dann habe ich bei Twitter gesehen, dass Sie regelmäßig unregelmäßig Statements abgeben oder kommentieren – nicht Sie als Person, sondern als Klimaschutzrat. Sie beraten auch uns alle als Abgeordnete. Ich hatte vor einigen Monaten die Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz darauf hingewiesen, dass es vielleicht auch in der Frage der Zusammenarbeit gut wäre, wenn man da einander folgt oder Ähnliches. Das mag kleinkariert wirken. Der Klimaschutzrat folgt keinem einzigen Abgeordneten. Möglicherweise sind Sie an unseren Ideen und Meinungen nicht ganz so interessiert, das kann sein. Das unterstelle ich Ihnen aber gar nicht. Vielleicht gibt es da eine Möglichkeit, den Austausch zu intensivieren.

Als ich in meine E-Mails geschaut habe, ist mir aufgefallen, dass ich noch nie eine E-Mail vom Klimaschutzrat bekommen habe. Jetzt könnte man böse sagen, Sie haben von mir auch noch nicht so viele E-Mails bekommen, ich sehe das ganz selbstkritisch. Deswegen ist meine Frage, ob wir das intensivieren wollen. Wollen Sie vielleicht in Zukunft die Abgeordneten über Ihre Klimaschutzzräte informieren, wollen Sie Ihre Statements an die Abgeordneten schicken? Es könnte auch eine Vereinbarung geben, dass Sie einmal im Jahr ganz selbstredend hier auch eine Anhörung bekommen, wo Sie Ihre Ergebnisse und Themen aus dem Jahr, aber auch Ihre Kritik in aller Klarheit artikulieren können, also dass man das auch ein Stück weit als feste Verabredung hat. Wie gesagt, ich sage das auch, um Ihre Arbeit noch stärker nutzbar zu machen, denn Ihre Expertise wird unzweifelhaft gebraucht. Deswegen: Vielen Dank für Ihre Arbeit, und ich freue mich auf Ihre Antworten.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Freymark! – Frau Lerch, bitte!

Nina Lerch (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Frau Goldammer, dass Sie heute zu uns in den Ausschuss gekommen sind! Ich wollte einmal nachfragen: Gibt es neben den Stellungnahmen, die Sie abgeben, auch eine ganz direkte Beratertätigkeit, wenn zum Beispiel so etwas wie das BEK entwickelt wird? Vielleicht habe ich es auch in der Vorstellung verpasst. Sind Sie da vorab eingebunden, oder ist das eine nachträgliche Bewertung, und wir können dann schauen, ob wir dieser Bewertung folgen und das über Änderungen noch einbringen?

Sie haben in dieser Legislatur oder im letzten Jahr die beiden Stellungnahmen verabschiedet. Dazu habe ich auch noch ein, zwei Nachfragen. Wir als SPD-Fraktion begrüßen sehr, dass sich der Klimaschutzrat bei der Mobilitäts- und Verkehrswende deutlich für die Fortführung eines preisgünstigen Tickets im öffentlichen Nahverkehr, also auch über den April hinaus, ausspricht. Das finden wir auch gut und kämpfen dafür. Vielleicht können Sie noch einmal Ihre Einschätzung dazu abgeben. Dann haben Sie auch geschrieben, dass man zum Beispiel im Bereich des Energiesektors bei der Müllverwertung mehr mit Bioenergie arbeiten könnte. Sie plädieren, wenn ich das richtig rausgelesen habe, für eine zusätzliche Biogasanlage. Jetzt geht die Frage rüber zum Senat: Von der BSR wissen wir, dass sie keine neue plant. Wie be-

werten Sie das? Gibt es andere Unternehmen, die das dann übernehmen würden? – Das würde mich noch interessieren.

Zurück zum Klimaschutzrat: Da geht es auch darum, attraktive Förderprogramme zu entwickeln, um die Energieträger zu wechseln, also so etwas wie ein Heizungstauschprogramm – ist, glaube ich, jetzt ausgelaufen – als Förderprogramm. Ich sehe es jetzt im neuen BEK nicht drin. Haben Sie da ganz konkret Förderprogramme im Kopf, die uns weiterhelfen könnten? Der Klimaschutzrat hat auch einen Teil der Wasserstoffstrategie angesprochen. Im Moment gibt es da eine starke Kooperation mit Brandenburg, soweit ich weiß, aber keine eigene, direkte Berliner Wasserstoffstrategie. Könnten Sie uns auch noch einmal ein bisschen mehr dazu erzählen, was da aus Ihrer Sicht berlinseitig möglich ist, oder ob es ausschließlich mit Brandenburg gedacht wird – wie auch immer? Das sind meine ersten Fragen. – Danke!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Lerch! – Auf der Redeliste sind Herr Dr. Taschner, Herr Reifschneider und Herr Koçak. – Herr Dr. Taschner, bitte!

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch von mir und meiner Fraktion an Sie, Frau Goldammer, nicht nur für Ihr Statement heute, sondern auch für die Arbeit, die Sie, aber auch Ihre Kolleginnen im Klimaschutzrat leisten! Sie ist sehr wertvoll für uns. Ich knüpfe ein bisschen an das an, was Herr Freymark gesagt hat. Auch für mich ist es letztendlich nicht immer leicht mitzubekommen, was der Klimaschutzrat jetzt genau macht. Ich muss zugeben, die letzte Stellungnahme – sie wurde ganz kurz vor Weihnachten, 21. oder 22. Dezember, glaube ich, rausgegeben und ins Internet gestellt – habe ich nicht selbst gefunden, sondern wurde darauf aufmerksam gemacht. Da würde ich mir ähnlich wie Herr Freymark wünschen – da Sie auch uns als Abgeordnetenhaus beraten –, dass Sie vielleicht an die Fraktionen oder die entsprechenden energie- und klimaschutzpolitischen Sprecher Ihre Stellungnahmen mit einer Standardmail einfach rübermailen: Wir haben hier gerade was Neues online gestellt. Schauen Sie doch einfach mal rein! Das ist bestimmt super spannend. – Das würde uns die Sache erleichtern, wenn wir nicht ständig auf Ihre Internetseite schauen müssen, sondern direkt aktiv darauf aufmerksam gemacht werden würden.

Ich könnte mir zum Beispiel auch vorstellen, dass wir so eine Art Diskussion intensivieren sollten. Herr Freymark hat vorgeschlagen, dass man einmal eine Anhörung macht, wo Sie Ihre Ergebnisse vorstellen. Ich könnte mir aber auch vorstellen, da Sie letztendlich nicht im Wochenrhythmus Ihre Stellungnahmen rausgeben, dass man immer, wenn der Klimaschutzrat seine Stellungnahme rausgibt, die entsprechenden Leute aus den Fraktionen einlädt – da kommen dann wahrscheinlich sowieso nur die Fachpolitiker –, und dann kann man das mal in einer Runde diskutieren. Dann stellen Sie Ihre Sachen vor, die in der Stellungnahme stehen, dann kommen wir auch stärker ins Gespräch. Das fände ich eine tolle Sache.

Wir haben mit dem Klimaschutzrat schon seit Längerem ein ständiges Gremium, das gab es schon in der letzten Legislatur, und wir hatten jetzt zum ersten Mal den Klimabürger:innenrat. Da würde mich interessieren, wie Sie als Klimaschutzrat dieses Instrumentarium Klimabürger:innenrat sehen. In Ihrer Stellungnahme sprechen Sie davon, dass sehr viel Sachverstand und Mut bei den Leuten dabei war. Ist das etwas, wo man sagt: Kann man mal wieder machen, sollte man vielleicht nicht alle Jahre machen, weil es sich sonst vielleicht auch totläuft? Gibt es vielleicht andere Möglichkeiten, die in ähnlicher Form noch stärker die Bürger und Bürgerinnen dieser Stadt in diese wichtige Diskussion mit reinholen? Wie kann man sie letzt-

endlich als Klimaschutzrat vielleicht auch noch stärker miteinbinden? Es gab im Klimabürger:innenrat auch diese Expertinnen, ich glaube, davon war aber kein einziger aus dem Klimaschutzrat. Da bin ich mir aber nicht sicher.

Was mich noch interessieren würde, wäre, was Sie als nächste Themen planen. Gibt es da schon irgendwas, wo Sie sagen: Da sehen wir schon das nächste Thema auf uns zukommen, das wir angehen wollen? Wie steht es mit dem Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm? Werden Sie sich dazu vielleicht auch äußern? Es ist über mehrere Jahre doch ein wichtiges Leitprojekt oder ein Rahmen, den wir damit setzen. Ein weiterer Punkt ist das Thema Klimagovernance, das immer wieder ansteht und wo wir jetzt auf Senatsebene den Senatsausschuss Klimaschutz als ersten Teil dieser Governance eingerichtet haben. Im nächsten Haushalt wird es auch noch eine Extrabetrachtung bezüglich der CO₂-Emissionen geben. Was können Sie sich als Klimaschutzrat vielleicht noch mehr an Klimagovernance vorstellen? Andere Städte wie zum Beispiel Oslo gehen da noch ein Stückchen weiter. Sollte Berlin vielleicht noch mutiger werden und neben dem Klimabürger:innenrat und dem Klimaschutzrat noch mehr Instrumente einführen?

Meine letzte Frage richtet sich an den Senat: Wie nehmen Sie als Senat diese Empfehlungen auf, wie bewerten Sie das? Wenn ich mir zum Beispiel die jüngste Empfehlung zum Angriffskrieg gegen die Ukraine ansehe, welche Folgen das für uns hat, dann werden hier ja auch ganz klar Kerntechnologien für die Zukunft der Energie- und Wärmewende beschrieben. Hier werden Photovoltaik, Wärmepumpen, Geothermie und Abwärmenutzung genannt, alles Dinge, Frau Senatorin, von denen ich auch schon gehört habe, dass Sie sie auf dem Schirm haben. Wie nehmen Sie solche Empfehlungen auf? Gibt Ihnen das Rückenwind und Bestärkung? Können Sie möglicherweise im Klimaschutzrat noch mehr dafür werben, dass wir hier noch schneller vorankommen? –, denn eins ist ja klar: Wir müssen viel schneller klimaneutral werden, als es derzeit gesetzlich vorgesehen ist – 2045. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Dr. Taschner! – Herr Reifschneider, bitte!

Felix Reifschneider (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank für das Eingangsstatement zum Klimaschutzrat! Das ist schon sehr interessant. Ich habe nur die technische Frage zu Ihrer Geschäftsordnung oder Willensbildung: Treffen Sie Entscheidungen mit Mehrheit, oder nehmen Sie nur Dinge auf, die eine qualifizierte Mehrheit haben oder einstimmig sind, und wie werden bei Ihnen Meinungsdivergenzen beigelegt?

Eine der Fragen, die uns als FDP-Fraktion, aber ich glaube, auch die anderen Fraktionen umtreibt, ist, dass wir einen enormen Fachkräftemangel haben, uns aber manchmal auch noch die Unternehmen fehlen, um im Bereich des Klimaschutzes voranzukommen. Ob das jetzt die Sanierung oder die Pflege von Grünanlagen ist, wir brauchen massenhaft mehr Fachkräfte. Haben Sie eine Einschätzung oder Empfehlung, was wir als Politik tun können, um im Bereich der Fachkräfte oder des innovativen Unternehmertums schneller voranzukommen?

Eines der Themen, die uns als FDP immer sehr am Herzen liegen, auch mit Blick auf das BEK, ist: Wie monitort man eigentlich die Umsetzung von solchen Prozessen? Wie monitort man die CO₂-Einsparung, um die begrenzten Mittel, die man hat, möglichst effizient einzusetzen? Vielleicht haben Sie aus der wissenschaftlichen Perspektive heraus Hinweise, wie

man bei so komplexen Maßnahmen, wie sie auch im BEK beschrieben werden, die CO₂-Einsparungen sinnvoll messen und attribuieren kann.

Dann zu einzelnen Punkten aus dem BEK: Können Sie uns sagen, ob Sie im Rat über die Null-Emissions-Zone und den Ausbau der Elektromobilität gesprochen haben und ob Sie dazu eine Position haben? Zur Sanierungsrate im Gebäudebestand, die in Berlin deutlich erhöht werden müsste: Wie kommen wir da schneller voran, und was für Empfehlungen haben Sie da? Was machen vielleicht andere Städte, auch jenseits der deutschen Grenzen, besser oder anders, um schneller die Sanierungstiefe und -geschwindigkeit zu erhöhen? – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Reifschneider! – Herr Koçak, bitte!

Ferat Koçak (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Frau Dr. Kathrin Goldammer! Ich habe eine Frage und möchte noch mal kurz auf eines Ihrer Statements eingehen. Meine Frage wäre, ob es schon eine Themenplanung des Klimaschutzrats gibt und vor allem, wie Sie auf die Themen kommen. Wie ist da die Entscheidungsfindung? Ich finde Ihr Statement zu den Klimaauswirkungen des Ukrainekriegs sehr interessant. Wenn bis jetzt auf dieser Ebene über den Ukrainekrieg gesprochen wird, dann reden wir vorrangig über die zivilen Opfer von Putins Angriffskriegs und darüber, wie man diesen Krieg beenden kann. Ich finde es schön, dass es hier im Klimaschutzausschuss jetzt auch die Gelegenheit gibt, über die Auswirkungen von Krieg und Militär auf Klima und Umwelt zu sprechen. Wenn wir jetzt über die Ukraine sprechen, dann sprechen wir von massiven Zerstörungen von Flächen. Laut ukrainischen Regierungsangaben sind etwa 20 Prozent aller Schutzgebiete des Landes vom Krieg betroffen, und durch die Kriegshandlungen, Verminungen und Munitionsrückstände sind die Böden im schlimmsten Fall jahrzehntelang verseucht. Um eine ungefähre Vorstellung des CO₂-Ausstoßes im Krieg zu bekommen: In den ersten vier Jahren des US-Kriegs im Irak wurden 141 Millionen Tonnen CO₂ ausgestoßen. Das entspricht ungefähr dem Jahresausstoß der Philippinen. Schätzungen von Klimaforscher und Klimaforscherinnen zufolge könnte das globale Militär für bis zu 5 Prozent aller weltweiten Emissionen verantwortlich sein. Hinzu kommt der CO₂-Ausstoß der Rüstungsindustrie bei der Produktion von Rüstungsgütern.

Aber zurück vom globalen Blick nach Berlin und Brandenburg! Mit der Klimakrise steigen auch noch andere Gefahren durch das Militär. Wir hatten im vergangenen Jahr einen tagelangen Großbrand auf dem Sprengplatz Grunewald, und in Brandenburg kennt man das Problem erst recht. Es verschärft die Waldbrandgefahr und macht es Feuerwehkräften teilweise unmöglich, die Feuer aus nächster Nähe zu bekämpfen. Ich mache es an der Stelle kurz: Das Militär ist global eine Gefahr für Mensch, Tier und Natur, für Umwelt und Klima. Es stellt sich nicht nur hier die Frage, warum wir mit massiven Summen aufrüsten, warum diese Summen dann für echten Klimaschutz fehlen und warum wir uns lieber eine systematische Zerstörung der Umwelt leisten statt weniger Militär. In dem Zusammenhang möchte ich auch auf die Friedensinitiativen aufmerksam machen, die sich für die Enteignung von Rüstungskonzernen einsetzen wie beispielsweise „Rheinmetall Entwaffnen“ – meiner Meinung nach auch aus Klimaschutzgesichtspunkten eine sinnvolle Forderung. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Koçak! – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. – Frau Dr. Goldammer, Sie haben das Wort!

Dr. Kathrin Goldammer (Sprecherin des Klimaschutzrats Berlin) [zugeschaltet]: Herzlichen Dank! – Da reißt das Interesse nicht ab, ich berichte gern. Warum mache ich mit? – Ich wohne seit 25 Jahren in Berlin, und ich setze mich gern ein, und wenn ich mich für Berlin einsetzen kann, dann umso besser. Was mich lockt, ist, dass ich weiß, was für tolle Menschen in diesem Gremium sind, also was die an eigener Sichtweise mitbringen, sei es aus einem Unternehmen oder einer NGO, welche ich selbst nicht in meinem Rücken habe. Deswegen ist diese Perspektiverweiterung für mich und vermutlich auch für alle anderen in dem Gremium ein Wert für sich – umso besser, wenn wir Output generieren können, der wahrgenommen wird. Dazu hatten Sie selbst schon einige Vorschläge, nicht nur Sie, Herr Freymark, sondern auch die anderen Personen, die ich gleich gern einmal gesammelt aufnehmen.

Ich glaube, der Wunsch aus dem Klimaschutzrat ist tatsächlich, dass wir einen guten Austausch mit den Verantwortlichen für Klimaschutz in Berlin haben, dass die uns mit Informationen zur Seite stehen, dass die unsere Arbeit lesen. Dann haben Sie schon einen großen Teil unserer Wünsche erfüllt. Unsere Protokolle sind nichtöffentlich. Wir machen unsere Sitzungen unter uns, und wir werden die auch nicht zur Verfügung stellen, aber ich nehme sehr gern Ihre Hinweise dazu auf, wie man unsere Kommunikation verbessern kann, denn mir ist auch schon aufgefallen, dass da noch Luft nach oben ist.

Frau Lerch! Machen wir direkte Beratungen? – Nein, außer Sie würden uns dazu einladen. Ich denke, es steht Ihnen und auch den Senatsverwaltungen frei, es ist aber bisher nicht so passiert. Es ist eher so passiert, dass wir uns wie ein eigenständiges und unabhängiges Gremium getroffen haben und dann Tabula rasa gemacht und gesagt haben: Was ist jetzt wichtig für uns? –, und dann haben wir – die Frage kam später auch noch – die Möglichkeit, unsere Themen selbst zu setzen. Das kann ein Thema sein, das gerade noch im Senat verhandelt wird, es kann aber auch ein Thema sein, das schon auf dem Tisch liegt. Ich nenne gleich noch ein paar Beispiele.

Zu den ganz konkreten Inhalten unserer Stellungnahmen möchte ich mich kurz halten. Bei den Förderprogrammen sehen Sie bei uns ein paar Kernaussagen in der Hinsicht, beispielsweise im Sanierungsbereich „Worst First“, also die schlechtesten Gebäude zuerst. Das halten wir für eine einfache und aus unserem Gremium auch mit allgemeiner Unterstützung zu formulierenden Förderung. Was Biogasanlagen und so weiter angeht, wissen Sie vermutlich, dass es gerade aus dem Bereich der ökologisch Interessierten immer eine Forderung ist zu prüfen, ob es noch Möglichkeiten bei der Nutzung von Biogas gibt. Darauf kann ich aber nicht konkreter eingehen. Wozu ich Ihnen fünf Stunden lang etwas erzählen könnte, ist der Themenkomplex Wasserstoff, vor allen Dingen im Zusammenspiel von Berlin und Brandenburg.

Das liegt daran, dass ich mich in vielen Gremien mit Wasserstoff beschäftigte, dass ich die Roadmap des Landes Brandenburg zu dem Thema sehr gut kenne und dass ich weiß, dass in dem Zusammenhang mit Wasserstoff damals – ich formuliere es einmal persönlich – Brandenburg vorgelegt hat, Berlin aufgesprungen ist und es deshalb jetzt diese gemeinsame Roadmap für die Hauptstadtregion gibt. Wasserstoff ist ein Thema, das uns im Klimaschutzrat immer wieder begegnet, wo wir neulich noch sehr intensiv um eine Formulierung gerungen haben, die unsere Meinung dazu abdeckt. Sie können sich vorstellen, dass der Einsatz von Wasserstoff zukünftig in sehr unterschiedlichen Bereichen möglich sein kann, aber vielleicht gibt es bessere Energieträger für diese Bereiche. Man kann sich im Mobilitätsbereich streiten, man kann sich aber auch bei der Wärmebereitstellung streiten. Wir haben jetzt in unseren Dokumenten eine Formulierung gefunden, die die Sicht des Rates widerspiegelt, nämlich dass es im Bereich der Dekarbonisierung von Industrie und dann in der Nutzung von Wasserstoff für das Erzeugen für Strom in besonderen Momenten des Energiesystems wahrscheinlich immer eine Zukunft für grünen Wasserstoff gibt und dass es in allen anderen Bereichen eine Zukunft geben kann, dass es aber auch andere Möglichkeiten gibt. Das wäre beispielsweise im Wärmebereich oder im Transportsektor der Fall.

Herr Taschner! Sie fragten zum Klimabürger:innenrat. Meine Einschätzung ist, und das ist auch die des Klimaschutzrates, dass diese Beteiligung sehr gut war, dass die Ergebnisse erstaunlich seriös und sachorientiert sind. Das ist nicht naturgegeben, aber da hat offensichtlich dieser Prozess gezeigt, dass er sehr gut funktioniert. Der nächste Schritt ist ganz sicher, erst über die Umsetzung nachzudenken als denn über eine Neuauflage. Das wäre jetzt meine persönliche Meinung. Wir haben im Klimaschutzrat aber nicht darüber gesprochen, ob man das verstetigen sollte oder möglicherweise in welchem Turnus. Mein persönlicher Tipp für die Politik wäre, Stellung in der Form zu nehmen, dass man sagt: Das können wir tun, das können wir nicht tun – und es zu erklären. Das halte ich im Rahmen von Beteiligung für ein gutes Erwartungsmanagement.

Die nächsten Themen des Klimaschutzrates sind folgende: Wir beschäftigen uns aktuell mit dem Volksentscheid, der uns bevorsteht. Sie müssen sich vorstellen, dass wir im Klimaschutzrat sehen, wie wichtig und akut dieses Thema ist. Sie können erwarten, dass wir noch im Februar dazu eine Ad-hoc-Stellungnahme bekannt geben. Hierzu haben wir uns außerhalb unseres Turnus getroffen, weil dieses Thema jetzt auf dem Tisch liegt. – Ein Thema, das wir sicher angehen werden, weil es schon länger in der Pipeline ist, ist das Thema Wärmewende in der Stadt, und zwar in der besonderen Stadt Berlin, Stichwort Altbaubestand und so weiter.

Herr Reifschneider! Sie fragten zur Willensbildung oder unserer Geschäftsordnung. Wir machen das tatsächlich selbst. Wir geben uns selbst eine Geschäftsordnung. Wir vereinbaren selbst beispielsweise, durch wen wir vertreten sein wollen oder nicht, mit welchem Prozess wir das Sprecherteam wählen und so weiter. Wir legen auch unsere Themen selbst fest. Wir bemühen uns um Konsens. Sie werden von uns in den Stellungnahmen Formulierungen finden, die von allen getragen werden. Wir wollen nicht in diese Richtung gehen, dass wir anfangen, Papiere zu schreiben, wo es beispielsweise heißt, um mal diese Klischees aufzumachen: Die Wirtschaft sieht es so, die Zivilgesellschaft sieht es anders. – Wir suchen tatsächlich nach gangbaren Wegen, die mit unserer gesamten Expertise einen Konsens haben.

Was schlagen wir zum Thema Fachkräfte vor? – Das ist ein Thema, was ich für ganz wichtig halte und nicht müde werde zu betonen. Dass Sie sich damit beschäftigen und dass Sie das

alle auf der Agenda haben, freut mich zu hören. In meiner eigenen Gedankenwelt geht es in die Richtung: Was können Sie in Berlin durch die vielen Institutionen erreichen, die Sie im Bereich der Ausbildung, aber auch des Studiums haben, die vielleicht so etwas wie Mikroabschlüsse anbieten könnten? Ich selbst habe an der TU Berlin sechs Jahre Elektrotechnik studiert. Ist das notwendig für die Energiewende auf dem Haus oder im Heizungskeller? – Ich glaube nicht. Mit den Organisationen zusammenzuarbeiten, Mikroabschlüsse in den Bereichen, die wir jetzt brauchen, einzuführen, könnte Berlin sehr gut stehen.

Monitoring und Wirkungserfassung von CO₂: Dafür bin ich nicht die Richtige, und das ist auch kein Thema im Klimaschutzrat gewesen.

Die Elektromobilität ist immer wieder ein Thema im Klimaschutzrat, der Verkehrssektor und die besondere Lage Berlins im Sinne von: Wie ist der Modal Split? Welche Verkehrsmodi benutzen die Menschen in Berlin? Wie kann man das verändern? Die autofreie oder CO₂-freie Zone spielt da mit rein. Besprochen ja, Konsens nein. Sie finden dazu das, worauf wir uns einigen können, nämlich beispielsweise, dass wir sehen, dass sich der Verkehrssektor noch bewegen muss. Das finden Sie auch in unseren Papieren.

Herr Koçak fragte nach der Themenfindung. Das ist im Grunde eine Sache der individuellen Personen, die in den Rat kommen. Die bringen vielleicht Themen mit, die für ihre Organisation wichtig sind, oder die beraten sich mit den anderen: Was ist für euch wichtig? Wo gibt es Überlappungen mit unseren Themen? –, und am Ende ist es vom Prozess her so: Bernd Hirschl und ich sind nicht nur die Sprecher und Sprecherin nach außen, sondern wir moderieren auch die Veranstaltungen. Das heißt, wir sind dafür zuständig, diese Sitzungen zu einem vernünftigen Ergebnis zu bringen mit guten Themen und einer guten Pipeline für die Themen in den nächsten Jahren.

Ich schließe mit Ihren allgemeinen Hinweisen zu unserem Austausch und zur Kommunikation ab. Ich möchte Ihnen herzlich für Ihre Hinweise danken, die ich gern aufnehme. Eine direkte Kommunikation per E-Mail, das gemeinsame Folgen in den sozialen Medien finde ich eine sehr gute Idee. Stellen Sie sich unsere Arbeit so vor, dass wir so eine Art kleine Geschäftsstelle in der Senatsverwaltung für Umwelt haben. Das heißt, das sind Aufgaben, die wir dann im Rat besprechen und mit der Geschäftsstelle versuchen würden umzusetzen, und da freue ich mich auf die gemeinsame Arbeit. Wenn wir einen Termin finden, wo Sie uns zu unseren Ergebnissen einladen, würden wir uns sehr freuen. Dann werden Sie vermutlich Bernd Hirschl und mich sehen. – Danke!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke schön, Frau Dr. Goldammer! – Für eine Stellungnahme erteile ich dem Senat das Wort. – Frau Senatorin Jarasch, bitte!

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK): Ich freue mich, dass wir und Sie heute die Gelegenheit haben, die Arbeit des Klimaschutzrates kennenzulernen. Ich freue mich auch über die Nachfragen. Ich will Ihnen gerne aus meiner Sicht sagen, was ich glaube, was ein solches Gremium für meine persönliche Arbeit und womöglich auch darüber hinaus bringt. Es ist – das finde ich den wichtigsten Punkt – ein Gremium, das viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler umfasst, natürlich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich überwiegend mit Fragen der ökologischen Transformation, des Klimaschutzes im weitesten Sinne wohlgemerkt und aus sehr unterschiedlichen Perspektiven beschäftigen. Es enthält aber – und

zwar haben wir in dieser Legislatur die Zusammensetzung noch einmal ganz bewusst erweitert – Vertreterinnen und Vertreter aus der Zivilgesellschaft, ausdrücklich auch aus der Wirtschaft und aus Unternehmen, die vieles von dem umsetzen sollen, was wir hier immer beschließen, also Stromnetz Berlin, Berliner Wasserbetriebe, IHK, Handwerkskammer, Berliner Energieagentur, nur um Ihnen ein paar Beispiele zu nennen. Das heißt, wir haben ausdrücklich auch Unternehmensvertreter dabei.

Was aus meiner Sicht dabei herauskommen kann, ist, wenn Sie sich diese Expertisen und Stellungnahmen durchlesen: Es ist im Grunde eine Debatte über die Themen, die wir hier auch immer diskutieren, aber praktisch befreit von unseren gegenseitigen Ideologievorwürfen. In diesem Ausschuss, muss ich sagen, gehen wir relativ pfleglich miteinander um, aber die Debatten und Themen, mit denen sich der Klimaschutzrat beschäftigt hat, sind Debatten, die sonst in der Stadt sehr ideologisch aufgeladen diskutiert werden.

Jetzt sehen wir, zu welchen Ergebnissen ein Gremium aus Fachleuten der unterschiedlichsten Richtungen kommt, wenn die Mitglieder des Gremiums sich frei von jeder Ideologie treffen, denn sie haben die große Chance, sich ganz sachlich, an der Sache interessiert zusammenzusetzen. Ich möchte das an einem Beispiel klarmachen, dem Klimabürger:innenrat. Frau Goldammer, Sie haben noch einmal ausdrücklich hervorgehoben, dass der Klimabürger:innenrat – es war auch für mich sehr spannend, das festzustellen – auch beim Thema Push-Faktoren zur Reduzierung des Autoverkehrs nicht mit einer neunzigprozentigen Zustimmung, aber mit deutlichen Zweidrittelmehrheiten diverse Maßnahmen gefordert hat, die geeignet sind, den Autoverkehr rascher zu reduzieren, nicht nur durch eine Angebotsausweitung, sondern ausdrücklich, indem auch mit Ordnungsrecht gearbeitet wird oder Parkplätze umgewidmet und Zero-Emission-Zonen eingerichtet werden, auch die Stellungnahme zur A 100.

Für mich ist das deswegen interessant, weil ich diese Debatten ideologisch kenne und die auch gerne führe – dazu bin ich Politikerin –, aber spannender ist es vielleicht noch, wenn man ganz sachlich davon ausgeht: Was brauchen wir, um Klimaschutzziele zu erreichen? Zu welchem Ergebnis kommt ein Gremium, in dem, wie gesagt, ausdrücklich die Wirtschaft und die Umsetzungsunternehmen mit am Tisch sitzen, dann? Das finde ich die eigentlich spannende Funktion, die Sie als dieser Klimaschutzrat einnehmen können. Wir haben auch eine ganz tolle Hochschul- und Forschungslandschaft. Wenn es ausschließlich um einen wissenschaftlichen Rat ginge, bräuchte man den Klimaschutzrat gar nicht. Entschuldigung, ohne Ihnen zu nahe zu treten! Es gibt ganz viele Forschungsinstitute, die wir auch unabhängig von so einem Rat befragen könnten. Spannend finde ich diese Mischung.

Frau Goldammer, Sie haben betont, dass Sie versuchen, gemeinsame Stellungnahmen zu verabschieden und nicht irgendwelche Mehrheitsbeschlüsse, die dann gegen die anderen in dem Gremium durchgedrückt werden. Das ist für mich so etwas Ähnliches wie Schwarmintelligenz auf einer sehr hohen Ebene angesiedelt, auf einer Ebene der Leute, die sich fachlich und mit einer hohen Expertise, aber aus sehr unterschiedlichen Richtungen, mit den drängenden Zukunftsfragen beschäftigen. Ich glaube, diese Funktion – Herr Freymark, um Ihnen das zu beantworten – ist aus meiner Sicht der Mehrwert dieses Gremiums, denn das gibt es sonst nicht. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die in dem Gremium sind, beschäftigen sich auch sonst in ihrer beruflichen Arbeit mit genau diesen Fragen, aber dann ist es eine rein wissenschaftliche Perspektive, die sich theoretisch mit der Umsetzung und den Zielkonflikten nicht beschäftigen müsste, je nach Forschungsauftrag, oder nicht mit Gewinninteressen und

Bedarfen, die es dennoch gibt. Insofern finde ich genau diese Mischung und Versachlichung von Debatten, die dort stattfinden, den eigentlichen Gewinn, übrigens auch für mich als Senatorin immer noch einmal zum Abgleich, als eine Art Machbarkeitsabgleich von vielen Dingen, die wir vorhaben. Deswegen freue ich mich auch, dass wir den Klimaschutzrat in dieser Weise breiter zusammengesetzt haben.

Bei der Themenfindung ist es so – das müsste Frau Goldammer noch einmal sagen –, dass Sie sagen, beim Klimaneustart 2030 werden Sie, bevor wir wieder zu den Urnen gerufen werden, eine Stellungnahme abgeben. Das finde ich gut. Grundsätzlich würde ich mich freuen, wenn es durchaus öfter proaktiv zu laufenden Prozessen Stellungnahmen gäbe und die nicht erst im Nachhinein kommen. Das hängt aber ein Stück weit mit Ihrer Arbeitsweise zusammen, dass Sie nicht wie eine Feuerwehr agieren können, dass das praktisch oft Dinge sind, die schon eine Weile laufen, bevor Sie dann Ihre Stellungnahme abgeben würden.

Wichtig ist mir zu sagen: Der Klimaschutzrat ist unabhängig. Der ist zwar bei uns angedockt, bei der Themenfindung durfte ich meine Wünsche abgeben, aber dann bin ich gegangen, und der Klimaschutzrat hat das alleine mit sich entschieden. Das wollte ich hier nur noch einmal betonen. Ich fände es auch sehr wünschenswert, wenn es hier eine engere Vernetzung mit den Fachabgeordneten in diesem Ausschuss, aber auch darüber hinaus gäbe. Das fände ich sehr gut.

Ansonsten noch zu ein, zwei Dingen, die wir auch noch an anderer Stelle diskutieren können: Zu Biogas: Wir weiten gerade die Kapazitäten aus. Wenn es noch ein spezifischeres Interesse dazu gibt, würde ich Herrn Bongardt gerne noch das Wort geben, der dankenswerterweise heute sowieso zugeschaltet ist.

Der Fachkräftemangel, möchte ich hier gerne noch einmal sagen, ist die große ungelöste Aufgabe überhaupt gerade im Moment in Berlin. Fast alles, was wir wollen, angefangen von der Verwaltungsmodernisierung bis hin zu unseren Energiewende- und Klimaschutzzielen, aber auch Energetische-Sanierung-Zielen, insgesamt die Transformation der Wirtschaft, hat vor allem ein großes Hindernis, das ist der Fachkräftemangel. Es gibt vieles, was passiert. Ich glaube, es muss noch stringenter – das ist auch ein Thema – gemeinsam mit der Wirtschaft systematisch bearbeitet werden, wirklich systematisch.

Wir haben in Berlin die niedrigste Ausbildungsquote bundesweit. Das hat auch einen Grund. Wir haben hier halt sehr viele kleine und mittelständische Betriebe, die sich mit einer eigenen Ausbildung schwer tun. Die großen Konzerne, die wir hier haben, tun sich leichter mit einer Ausbildung. Es ist aber in Zukunft angesichts des Fachkräftemangels im Eigeninteresse der Berliner Wirtschaft, mehr auszubilden, auch für die ganz spezifischen Bedarfe, die sich ergeben. Meiner Meinung nach können sich die Betriebe und Unternehmen nicht mehr leisten, nicht auszubilden. Wir müssen viel stärker mit den Betrieben und Wirtschaftsverbänden darüber reden, was sie dabei für eine Unterstützung brauchen. Ich halte es für sehr kurzfristig in diesen Zeiten, nicht mehr auszubilden. Ich weiß aber auch lange genug, warum Betriebe das oft nicht tun. Ich halte das für eine große Zukunftsaufgabe.

Wir dürfen nicht nur an die Ausbildung, sondern wir müssen stärker an die Weiterbildung denken. Wenn sich die Wirtschaft und die Industrie in Berlin transformieren, und das werden sie im Zeichen des Klimawandels, werden sie anders produzieren, andere Produkte produzie-

ren, im Zeichen der Digitalisierung ganz andere Prozesse haben. Das bedeutet, dass auch die Belegschaft, die schon da ist, sich weiterbilden muss. Da müssen wir viel mehr tun. Wir haben bekanntlich eine alternde Gesellschaft. Wir können nicht nur auf junge Leute setzen, die uns den Fachkräftemangel beseitigen helfen, sondern die Berufe ändern sich, es braucht viel mehr Weiterbildung on the Job.

Das zu meinen fünf Cents! Sie merken, das ist eine Riesenaufgabe. Ich habe als Senatorin vieles angestoßen, auch schon mal einen Runden Tisch Klimaberufe einberufen, der jetzt aber federführend von der zuständigen Senatsverwaltung IAS weiter und auch wirklich intensiv betrieben wird. Das ist ein Riesenthema. Ich habe es deswegen angestoßen, weil ich weiß, dass wir allein für die Klimaschutzaufgaben die Fachkräfte brauchen. Ohne kann ich fordern, was ich will, es hilft gar nichts.

Zum Monitoring würde ich gerne noch eine Sache sagen, Herr Reifschneider, vielleicht kann auch Frau Goldammer noch etwas dazu sagen. Wir haben intensiv überlegt, wie wir das Monitoring verbessern können, und zwar vor allem nicht immer retrospektiv – gucken, ob wir die Ziele erreicht haben, wenn nein, dann müssen wir nachbessern –, sondern prospektiv die ganzen Maßnahmen betrachten, die wir haben, wie viel Tonnen CO₂ die jeweils einsparen. Das Problem ist, dass es kein seriöses Institut gibt, das bereit ist, das prognostisch auszurechnen, weil alles mit allem zusammenhängt, ganz platt gesagt, weil es ganz selten abgrenzbare Einzelmaßnahmen gibt, die nicht mit anderen Fragen zusammenhängen, beispielsweise: Wie schnell und ambitioniert kann die Bundesregierung den Ausbau der Erneuerbaren oder des Netzes vorantreiben? Das hängt dann wieder mit den Fragen zusammen, die wir hier bei unseren Einzelmaßnahmen mit einrechnen müssten. Wie schnell entwickelt sich der CO₂-Preis? Diese Fragen hängen alle zusammen, sodass wir kein Institut gefunden haben, das einem das komplett ausrechnen kann. Es gibt übrigens auch in anderen Städten wie Oslo oder so niemanden, der das macht.

Was wir aber gemacht haben: Wir haben versucht, das bei den konkreten Maßnahmen ein Stück weit messbar zu machen, sei es mit Meilensteinen und Zielzahlen, auch das übrigens nicht so, wie ich es mir im ersten Schritt erhofft hatte, das will ich auch dazu sagen. Wir haben alle Ressorts und alle Senatsverwaltungen aufgefordert, noch einmal deutlich konkreter zu werden, auch bei uns im Haus. Wir haben es an manchen Stellen getan, nicht an allen. Da geht noch deutlich mehr, das will ich auch dazu sagen. Ich glaube aber, dass das der Weg ist, wie wir diese Messbarkeit der Maßnahmen, die in den nächsten Jahren entscheidend sind, verbessern können und müssen.

Ein letztes Stichwort: Herr Koçak, sicher hat auch das Militär einen großen Anteil am CO₂-Ausstoß und am Klimawandel. Aber, Entschuldigung, die Debatte darüber, ob und wofür wir das Militär brauchen oder nicht, kann man nicht über den Umweg des Klimaschutzes beantworten. Dann muss man wirklich die Debatten führen, die zurzeit auch geführt werden: Was ist unsere Aufgabe im Zusammenhang mit einem Krieg wie dem in der Ukraine, oder im Zusammenhang mit Genoziden, wie sie weltweit immer wieder stattfinden? Haben wir eine Verantwortung? Gehen wir da mit Militär rein, oder tun wir das nicht? – Man kann die Fragen aber nicht über den Umweg des Klimaschutzes erledigen, auch wenn jede Aktion des Militärs, wie aller anderen Menschen, die sich auf dieser Welt bewegen, CO₂-Folgen und einen ökologischen Fußabdruck hat. Ich glaube aber, damit kann man solche Fragen nicht erledigen. Man muss dann schon die direkten Debatten führen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Senatorin! – Herr Dr. Taschner hat sich gemeldet, bitte!

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Ich hätte noch eine kurze Rückfrage an Frau Goldammer. Sie haben gesagt, die nächste Stellungnahme soll zum Volksentscheid erfolgen. Das halte ich auch für sinnvoll. Mich würde nur interessieren: Werden Sie das aufgrund der Stellungnahmen machen, sozusagen nach schriftlicher Aktenlage, oder laden Sie auch die Initiative oder die Senatsverwaltung und die Anzuhörenden ein, um mit Ihnen ins Gespräch zu kommen?

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Dr. Taschner! – Frau Dr. Goldammer, Sie haben das Wort!

Dr. Kathrin Goldammer (Sprecherin des Klimaschutzrats) [zugeschaltet]: Danke schön! – Ich gehe einmal kurz zurück auf die Frage, sowohl von Ihnen, Frau Jarasch, wie auch vorhin vom Kollegen, warum wir eigentlich nicht mehr machen, warum es nicht jeden Monat etwas von uns gibt, was ad hoc oder vorbereitet sein kann. Ich glaube, die Antwort auf die Frage ist, dass wir uns nur dann melden würden, wenn wir tatsächlich gut über etwas diskutiert haben. Das ist unser Qualitätskriterium. Das begrenzt uns am Ende in der Anzahl der Stellungnahmen oder der Ad-hoc-Möglichkeiten, die wir haben. Wir sind kein Verband mit 20 bezahlten Beschäftigten, die recherchieren und formulieren. Wir machen das alles selbst. Jeder Satz, der hier drinsteht, ist von Leuten auf meiner Ebene, Geschäftsführung et cetera, selbst geschrieben worden. Sie können sich vorstellen, dass wir uns diese Zeit gerne nehmen, dann aber zu bestimmten Schwerpunkten. Wir setzen sozusagen Prioritäten mit den Themen, die Sie von uns bekommen. Wenn Sie das ändern wollen, können Sie uns natürlich eine neue Geschäftsstelle mit fünf Referentinnen und Referenten schaffen. So etwas gibt es auch oft in solchen Gremien und Beiräten. Das steht aber nicht auf der Liste unserer Forderungen, sondern es wäre uns wichtiger, dass wir über das in den Austausch kommen, womit wir uns schon beschäftigt haben. Das halte ich für den wichtigeren Weg.

Zum Volksentscheid sind wir so vorgegangen, dass wir uns zusammengesetzt haben, wie in einer normalen Klimaschutzsitzung auch, nicht über eine Anhörung, sondern wir haben unter uns zusammengesessen und uns überlegt: Was wissen wir? Welche Kontakte können wir bemühen bei denjenigen, die wir kennen, die zum Beispiel den Volksentscheid unterstützen oder nicht unterstützen? Was wissen wir über die Pro- und Kontra-Positionen? Wie schätzen wir das ein? Was können wir auf der Metaebene über diesen Volksentscheid sagen? – Ich sage Ihnen, was wir nicht machen werden. Wir werden uns nicht zu dem Verwaltungsvorgang oder zu den juristischen Aspekten melden. Das ist die Expertise, die wir nicht haben, für die wurden wir auch nicht berufen. Sondern wir wurden mit der Frage berufen: Was hilft dem Klimaschutz in Berlin? – Das ist die Leitfrage, mit der wir auch etwas zum Volksentscheid sagen wollen. Ich sagen Ihnen jetzt schon, das fällt mir auch nicht ganz einfach. Ich kann noch nicht antizipieren, was dort steht, weil wir im Moment so ein bisschen an einem Scheidepunkt sind, wo wir denken: Sowohl derjenige, der für ja als auch derjenige, der für nein bei diesem Volksentscheid stimmt, könnte mehr Klimaschutz wollen. Es wird sehr schwierig sein, von dem Ergebnis des Volksentscheids wirklich abzuleiten, was jetzt politisch notwendig ist.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Dr. Goldammer! – Ich habe auf der Redeliste noch Frau Wolff von der SPD-Fraktion. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. – Bitte, Frau Wolff!

Dunja Wolff (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Frau Goldammer, erst einmal Danke für die Ausführungen! Ich habe eine Frage. Mich erinnert das parallel ein bisschen an die Einrichtung des Landesschulbeirats damals. Der wurde eingerichtet, und viele Menschen sitzen an einem großen Tisch und versuchen zu beraten, und der Senat ist mehr oder weniger verpflichtet, diesen Beirat anzuhören. Er ist ein Beirat, also ein Rat, dort werden, wenn ich mich nicht irre, Protokolle immer noch veröffentlicht. Ich war dort selbst einmal Vorsitzende, insofern habe ich ein bisschen Einblick bekommen. Mich erinnert die Einrichtung dieses Rates etwas daran. Was ist die Begründung dafür, dass Sie Protokolle nicht öffentlich machen? Sie geben die Stellungnahmen heraus. Ist es für Sie wichtig zu sagen, wir diskutieren erst einmal intern, einigen uns auf eines, und dann gehen wir mit der Stellungnahme raus? Das würde mich interessieren. Ist es so, dass die Senatsverwaltung Sie – in Anführungsstrichen – nutzt, Sie zur Beratung für solche Vorlagen zu nehmen? – Danke!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Wolff! – Dann würde ich das Wort wieder an Frau Dr. Goldammer erteilen. Danach würde für den Senat Frau Jarasch das Wort ergreifen. – Bitte schön!

Dr. Kathrin Goldammer (Sprecherin des Klimaschutzrats) [zugeschaltet]: Danke schön! – Das mit den Protokollen kann ich im Rat besprechen. Ich sagte bereits, wir haben uns die Geschäftsordnung selbst gegeben. Dadurch, dass hier Interesse besteht, weiß ich das jetzt und kann das tun. Vielen Dank für den Hinweis!

Werden wir genutzt in der Form, dass wir zu Konsultationen einberufen werden oder sehr eng mit der Senatsverwaltung zusammensitzen? – Das ist im Moment nicht der Fall. Ich denke, wir stehen Ihnen gerne zur Verfügung, aber die Arbeit ist tatsächlich bisher, wie Frau Jarasch es erklärt hat, sehr stark wie ein unabhängiges Gremium gelaufen. Es ist auch für uns als Gremium so, dass wir, selbst, wenn es zwei Personen gibt, die für das Gremium sprechen, zu solchen Beratungsthemen oder Ad-hoc-Themen immer erst mal wissen wollten, was unser Rat dazu sagt, welche unterschiedlichen Meinungen es gibt. Der Rat ist so divers besetzt, dass es sehr unterschiedliche Meinungen sind. Das könnte dagegen sprechen, diese enge Beratung zu etablieren, einmal die Unabhängigkeit, aber auch diese besondere Willensbildung, die wir im Rat haben. Ich weiß immer erst nach einer Sitzung im Rat, wo ich mit allen gesprochen habe, wie ich den Rat in einem Themenfeld überhaupt vertreten würde. Ich würde es mir nicht anmaßen, auf einem Flurgespräch zu antizipieren, wie der Rat zu bestimmten Themen steht.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke schön, Frau Dr. Goldammer! – Für den Senat, Frau Jarasch, bitte!

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK): Dem habe ich gar nicht so viel hinzuzufügen, außer dass, wenn der Klimaschutzrat wünscht, dass bestimmte Abteilungen von uns oder auch die Staatssekretäre dabei sind, wir und auch ich ab und zu dabei bin. Wie gesagt, es ist ein unabhängiges Gremium, wo ich nicht – – Das wäre auch ein Missbrauch. Ich habe oft den Wunsch danach, schnell mal eine Expertise einzuholen, aber alle Menschen in diesem Gremium machen das ehrenamtlich, ich kann sie nicht missbrauchen, indem ich immer, wenn ich

mal gerne etwas hätte, wofür ich nichts extra zahlen muss, auf Bestellung einen Ratschlag oder eine Expertise einhole. So ist das Gremium nicht gedacht. Es kann eher sein, dass durchaus mal eine Expertise kommt, wo ich dann stutze, die auch unser Haus kritisiert. Diese Möglichkeit muss es geben, das ist mit der Unabhängigkeit gemeint.

Gleichzeitig – das hat Frau Goldammer auch erwähnt, das will ich hier noch einmal in Erinnerung rufen, darum kämpfen wir hier immer – funktioniert Klimaschutz nicht nur über die Senatsverwaltung für Klimaschutz, sondern das ist eine Gesamtaufgabe. Deswegen hatte der Klimaschutzrat auch die ganzen anderen am BEK beteiligten Häuser neulich eingeladen. Auch die könnten von sich aus Interesse am Klimaschutzrat zeigen, das ist nur bei uns angesiedelt. Das gehört genau zu diesen Weiterentwicklungsaufgaben, die wir alle miteinander noch haben.

Ansonsten habe ich vorhin vergessen, Herrn Bongardt für die Antwort auf das Thema Biogas das Wort zu erteilen. Der Vorsitzende hat mich darauf hingewiesen. Ich würde das gerne hiermit nachholen.

Dr. Benjamin Bongardt (SenUMVK) [zugeschaltet]: Das mache ich gern. – Zum Stichwort Biogasanlagen: Prinzipiell ist die Feststellung richtig, dass aus Bioabfall gewonnenes Biogas erneuerbares Biogas ist, was wir sowieso aus den Haushalten source. Damit ist die Getrennsammlung von Bioabfall eine der wenigen Maßnahmen, wo die Privathaushalte Berlins etwas zur Energieautarkie beitragen können. Die besondere Situation Berlins: Wir haben die Biogasanlage der BSR in Ruhleben. Die ist voll ausgelastet und soll die Jahreskapazität ein bisschen aufgestockt bekommen. Wenn wir die Ziele des Abfallwirtschaftskonzepts 2020 bis 2030 erreichen wollen, müssen aber die Bewohnerinnen und Bewohner Berlins noch besser den Abfall trennen, damit wir größere, getrennt gesammelte Bioabfallmengen haben, denn die BSR findet zweijährlich in ihren Abfallanalysen im Restabfall immer noch viel zu viele biogene Abfälle, primär Küchenabfälle, die besonders gut zu vergären sind.

Die BSR hat eine zweite Liegenschaft in Brandenburg in Hennickendorf, wo eine weitere Biogasanlage gerade generalüberholt wird. Diese Kapazitäten werden auch in Zukunft zur Verfügung stehen, die sieht das Unternehmen als die zweite Anlage. Nichtsdestotrotz bräuchten wir, wenn wir die Ziele des Abfallwirtschaftskonzepts im Ökoszenario erreichen wollen, mehr Kapazitäten als die dann zusammengerechnet knapp 100 000 Tonnen. Von daher könnte das durchaus ein Indikator dafür sein. Es ist aber auch nachvollziehbar, dass die BSR als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger im Bereich Bioabfälle nicht blind in ein Invest geht. Da habe wir so eine Art Henne-Ei-Prinzip. Was ist zuerst da, die Getrennsammlungsmenge oder die Bioabfälle? Was wir beobachten, ist, dass zusätzlich anfallende, getrennt gesammelte Bioabfälle von der BSR jüngst zur hochwertigen Verwertung ausgeschrieben wurden, sprich, zur Verbringung in andere Anlagen in der Nähe. Das könnte ein Zukunftsmodell sein. Es könnte aber durchaus auch ein Zukunftsmodell sein, doch noch eine Anlage entweder in Hennickendorf zu erweitern oder an einem anderen Standort.

Dann ist man beim dritten Stichpunkt, was das angeht. Platz ist in Berlin für gewöhnlich sehr knapp. Das ist im Abfallwirtschaftsbereich noch einmal sehr viel krasser. Wir haben im AWK eigentlich das Ziel, die Recyclinghöfe auszubauen. Das ist ein Immobilienproblem für die BSR. Für eine für den Emissionsschutz technisch sehr relevante Anlage, die auch noch Geruchsemissionen nach sich zieht, wie eine Biogasanlage, gibt es im Flächennutzungsplan erst

recht sehr wenige Standorte. Da muss man tunlichst darauf achten, diese für die Abfallentsorgungsbranche mitzudenken und diese Abfallstandorte nicht bei der nächsten Umwidmung für andere Nutzungen freizugeben. Das ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass man solche hochwertigen Verwertungsanlagen, die wir brauchen, realisieren kann.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Dr. Bongardt! – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann möchte ich Ihnen, Frau Dr. Goldammer, im Namen des Ausschusses danken, dass Sie uns mit Ihrer Expertise heute zur Verfügung gestanden haben. Ich wünsche Ihnen einen schönen Tag! – Ich schlage vor, die Besprechung zu Tagesordnungspunkt 4 zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und die Anhörung ausgewertet werden kann. Besteht dazu Einvernehmen? – Ich sehe Kopfnicken. Dann verfahren wir so.

Punkt 5 der Tagesordnung

Vorlage – zur Kenntnisnahme – Drucksache 19/0777	0074 UVK
Stellungnahme des Senats zu den Empfehlungen des Berliner Klimabürger:innenrats (auf Antrag der Fraktion Die Linke, der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)	Mobil

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs Ist die Berliner Gastronomie auf die Einführung der Mehrwegpflicht in 2023 vorbereitet? (auf Antrag der Fraktion der FDP)	0033 UVK
---	-----------------------------

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 24.11.2022

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 7 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/0721 Neuntes Gesetz zur Änderung des Straßenreinigungsgesetzes	0071 UVK Haupt Mobil(f)
--	--

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.